

VGD Arbeitskreis Deutsch-jüdische Geschichte

Israel und Palästina – Materialien www.israel-palaestina.net

Ergänzende historische Hintergrundinformationen und Orientierung für die Nutzung der Materialien

Am Ende gibt es noch Antwortstrategien auf die drei großen Herausforderungen, die sich fast immer in der Auseinandersetzung mit dem Thema stellen.

Teil A. Von den Anfängen des Zionismus bis zum Ende des Palästina-Krieges

A1. Entstehung des Zionismus bis zum Ende des Osmanischen Reiches

A 1.1-2. *Theodor Herzl, Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage. Leipzig und Wien: Breitenstein, 1896 / Das Programm des ersten Zionisten-Kongresses in Basel (Baseler Programm), 31.8.1897*

Der Auszug aus Herzls Schrift macht deutlich, dass die Judenemanzipation in Herzls Wahrnehmung gescheitert war bzw. zu scheitern drohte, weil die Gleichberechtigung auf dem Papier keiner analogen gesellschaftlichen Akzeptanz entsprach und nicht einmal – oder gerade! – da, wo die Bemühung um Integration durch Assimilation mit sozialem Erfolg verbunden war (Hinweis auf die verschiedenen Berufe). Diese Wahrnehmung entsprach vor allem der Realität in Österreich-Ungarn, auf der anderen Seite spielte aber auch die Dreyfus-Affäre in Frankreich eine große Rolle, die im ersten Land der Gleichstellung eine massive Welle des Antisemitismus hervorbrachte, was Herzl als Berichterstatte in Paris für die *Wiener Neue Freie Presse* 1891-95 unmittelbar mitbekam. Weit weniger bekannt ist, dass es auch in Großbritannien ein ähnliches Phänomen der Furcht vor „jüdischen deutschen Spionen“ gab, in dem sich Antisemitismus und Antigermanismus verbanden, nur nicht in dieser Dimension wie in Frankreich.

In Deutschland erhielten die zionistischen Pläne zunächst am wenigsten Resonanz und standen in direkter Konfrontation mit dem C.V. (Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens) und weiteren Kreisen des deutschen Judentums. Der erste Zionistenkongress sollte eigentlich in München stattfinden, doch der Widerstand des deutschen Rabbinerverbandes und der israelitischen Kultusgemeinde Münchens verhinderte dies. Die größte Resonanz fand der Zionismus in Russland, wo es seit 1881 zu einer Welle von Pogromen und einer Flucht/Auswanderung zunächst nach Westen kam. Die Flucht/Einwanderung von Ostjuden nach Deutschland und Österreich-Ungarn, aber auch nach Großbritannien, verstärkte dort den Antisemitismus und die erste Auswanderung nach Palästina, damals noch osmanisch, war von Juden aus dem Zarenreich geprägt (jüd. Siedlungsgebiet im alten Polen bis zur Aufteilung und am Schwarzen Meer).

A 1.3-5. *Aus dem Briefwechsel zwischen Henry McMahon, britischer Hochkommissar in Ägypten, und dem Sherif Hussein von Mekka, 1915 / Die Balfour-Deklaration 1917 / Abkommen zwischen Chaim Weizmann und Emir Feisal, 3.1.1919*

Mit dem durch den Briefwechsel zwischen McMahon und Hussein dokumentierten Bündnis im 1. Weltkrieg gegen die Türken wurde die Grundlage für den arabischen Aufstand gelegt, an dem der britische Offizier T. E. Lawrence („Lawrence of Arabia“) einen schon legendären Anteil hatte, und mit dem der Sherif Hussein, dem letzten Haschemitenherrscher über Hedschas (Westteil der arabischen Halbinsel) unter osmanischer Hoheit, König eines geeinten Arabien werden wollte. 1924 unterlag er im Kampf gegen Ibn Saud, der dann das nach ihm benannte Saudi-Arabien gründete, die Söhne Husseins wurden von den Briten im Irak und in Jordanien eingesetzt.

Die Balfour-Deklaration von 1917 zeigt, dass die Briten zugleich auch den Zionisten ihre „Heimstätte“ (national home) versprochen, aus verschiedenen Gründen, zum einen, weil sie darin einen Vorteil für ihre Interessen im Nahen Osten sahen, zum anderen aber auch, weil es in Großbritannien und auch

in der Oberschicht antisemitische Tendenzen gab, die sich mit dem Vorwurf der mangelnden Loyalität während des 1. Weltkriegs verstärkt hatten (eine Parallele zu Deutschland).¹

Ein Jahr zuvor war es bereits im Sykes-Picot-Abkommen zu einer Absprache zwischen Großbritannien und Frankreich über die koloniale Aufteilung des arabischen Teils des Osmanischen Reiches gekommen.

Im Kontext der Versailler Konferenz, die nicht nur den Nachkrieg in Europa, sondern auch im Nahen Osten verhandelte, erkannten die führenden Vertreter des Arabischen Nationalismus und des Zionismus, Emir Feisal, Sohn Husseins, und Chaim Weizmann, Präsident der Zionistischen Weltorganisation, ihre gemeinsamen Interessen an einem unabhängigen Nahen Osten, wogegen Großbritannien und Frankreich die koloniale Aufteilung als Mandate des Völkerbundes durchsetzten. Von arabischer Seite wurde das Weizmann-Feisal-Abkommen später als bedeutungslos heruntergespielt, es gibt jedoch noch weitere Dokumente, die wir hier nicht aufgenommen haben, die die Ernsthaftigkeit dessen zumindest zu jenem Zeitpunkt bekräftigen. Die Etablierung des britischen und französischen Mandats machte das Abkommen allerdings obsolet, die politische Auseinandersetzung zwischen den arabischen Nationalisten und der Mandatsmacht nahm in Französisch-Syrien noch kriegerische Züge an, während die Berücksichtigung der Hussein-Söhne Feisal für den Irak und Abdallah für Transjordanien durch die Briten einen vorübergehenden Kompromiss darstellte, allerdings galt dies nicht für Palästina.

A 2. Britische Mandatszeit (1): bis 1933

A 2.1., A 2.3-4. *Das Völkerbundmandat, 24. Juli 1922 / Bericht des Französischen Außenministeriums über den arabischen Kongress von Nablus, 23-25. August 1922.*

Nachdem der anfangs als territoriale Einheit betrachtete westliche Teil des britischen Mandatsgebiets am Jordan in Palästina und Transjordanien aufgeteilt wurde, sah der Wortlaut des Mandats für Palästina, quasi die „Verfassung“, eindeutig vor, dass die Errichtung der jüdischen Heimstätte durch Einwanderung keine Benachteiligung der ansässigen Bevölkerung mit sich bringen durfte. Dies wurde auch von der Mandatsverwaltung so beachtet. Churchill, der damals als Kolonialminister verantwortlich war, präziserte dies damals bei mehreren Gelegenheiten, so im White Paper vom Juni 1922, das also noch der Mandatsverfassung herauskam.

Von den Briten war vorgesehen, dass sich die arabisch-muslimische, arabisch-christliche und die (damals noch kleine) jüdische Gemeinschaft jeweils intern selbstverwalten und gemeinsam durch Vertreter an einer legislativen Versammlung teilnehmen sollten. Die Errichtung dieses Quasi-Parlaments ohne Souveränität hätte eine gemeinsame Verwaltung vorbereiten sollen und können. Die arabische Seite lehnte jedoch schon die Aufteilung Groß-Syriens in die Mandatsgebiete ab und verfolgte weiterhin den Plan für einen panarabischen Staat. Darüber hinaus lehnte sie die jüdische Immigration und folglich den Landverkauf an jüdische Siedler durch arabische Besitzer ab. Die Ablehnung der britischen Verwaltung beinhaltete jedoch auch den Verzicht auf die Schaffung eigener repräsentativer Organe. Die arabische Führung in Palästina bildete sich dann aus selbst ernannten Mitgliedern der führenden Familienclans rund um den Mufti von Jerusalem.

A 2.2. *Gewalttätige Zusammenstöße zwischen Arabern und Juden 1920/21 (Überblick) / a) Nabi-Musa-Fest Ostern 1920 in Jerusalem, b) Jaffa 1921*

¹ Cf. Susanne Terwey: Reaktionen britischer Juden auf Anfeindungen und Antisemitismus vom ausgehenden Viktorianischen Zeitalter bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, in: Ulrich Wyrwa (Hrsg.): Einspruch und Abwehr. Die Reaktion des europäischen Judentums auf die Entstehung des Antisemitismus (1879-1914). Frankfurt/M., Fritz Bauer Institut (Campus-Verlag) 2010, S.70-92. Vgl. auch: Susanne Terwey: Moderner Antisemitismus in Großbritannien 1899-1919: Über die Funktion von Vorurteilen sowie Einwanderung und nationale Identität. Würzburg (Königshausen & Neumann) 2006.

Den ersten Konflikt zwischen Arabern und Juden in Palästina gab es im Zusammenhang des Nabi Musa-Festes und ein Jahr später in Jaffa. Sie zeigen verschiedene Mechanismen, wie es lokale Konfrontationen eskalieren konnten, wobei der politische Kontext des Beispiels Jaffa eine Ausnahme darstellt und das Beispiel von Jerusalem eher die Regel. Die Klagemauer, die unmittelbare Begegnung zwischen Juden und Arabern an religiösen Feiertagen und der Kampf um die religiöse Autorität über den Tempelbergbezirk (bislang alles in muslimischer Hand) waren eine ständige Quelle der Auseinandersetzung, so auch 1929 (A 2.5.). 1920 wurde die Konfrontation aber auch gezielt durch die beiden Vertreter der Familie Husseini geschürt.

A 2.5-7. *Tagebuchaufzeichnung eines Palästinensers über den Ausbruch der gewaltsamen Konfrontation an der Klagemauer. 16.8.1929 / Das Massaker von Hebron, 23./24.8.1929 / Arabisch-jüdische Solidarität im Konflikt 1929*

Zwischen 1921 und 1929 gab es eine Phase der Ruhe. 1929 brachen dann die bis dahin schwersten Konflikte aus, die einen Einschnitt in der Mandatszeit bildeten. Wieder begann es mit der Konfrontation an der Klagemauer und führte dann zum Massaker von Hebron und davon ausgehend zu weiteren lokalen gewaltsamen Zusammenstößen. Die Quellen beschreiben sehr anschaulich, wie solch ein Konflikt entstehen konnte, aber auch, dass sich keineswegs alle in diesen hineinziehen ließen, sondern dass es auch eine Solidarität in der arabischen Bevölkerung mit den bedrohten Jüdinnen und Juden gab.

A 3. Übersicht: Bevölkerung, Land und Siedlung 1920-1948

A 3.1. *Bevölkerungsentwicklung nach Religionszugehörigkeit 1922-1944*

Bei den Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung ist zu berücksichtigen, dass die Zahlen zur jüdischen Bevölkerung nicht identisch sind mit der Einwanderung, sondern auch die Geburten im Land mit zählen, wie bei den anderen Bevölkerungsgruppen auch.

A 3.2-4, A 3.6. *Topographische Besonderheiten: Sumpfgebiete / Topographie der Küste nördlich von Jaffa um 1900 / Beschreibung der Küstenebene im Palästina-Handbuch 1922 / Karte mit dem jüdischen Siedlungsgebiet 1926*

Die Karten und Fotos zeigen zunächst einen Zusammenhang zwischen geographischen Bedingungen und Siedlungsdichte der ansässigen Bevölkerung. Die Küstenebene und das Jezreel-Tal waren stark durch Sümpfe geprägt – so seltsam dies in dieser heißen Region anmutet. M 3.3 zeigt (v.a. bei Vergrößerung), dass zahlreiche kleine Flüsse aus dem Bergland nach Westen vor Erreichen der Küste vor den Dünen versickert sind, was den sumpfigen Untergrund erzeugte. Dort war ein intensives Malaria-gebiet, was die Region zusätzlich unwirtlich machte. Die Trockenlegung diente somit zugleich der Malariaabekämpfung und der Urbarmachung für die Landwirtschaft durch v.a. jüdische Siedler. Diese Gebiete waren von der arabischen Bevölkerung dünn besiedelt und leicht käuflich zu erwerben.

Über weite Strecken gab (und gibt) es zwischen Haifa und Jaffa kaum Hafenstädte, selbst kleinere, und die Geschichte des antiken Apollonia, später Arsuf, liefert ein gutes Beispiel. Auch das antike Caesarea, ein ebenfalls künstlich angelegter Hafen und eine große Stadt, heute ein imposantes archäologisches Relikt, verfiel nach dem Mittelalter zu einem kleinen Dorf.

Das zionistische Siedlungsprojekt setzte somit schwerpunktmäßig dort an (A 2.6). Die Trockenlegung der Sümpfe ist Teil des zionistischen Narrativs von der Urbarmachung zuvor wertlosen Bodens. Es ist jedoch keine Erfindung, wenn es auch nur einen von mehreren Aspekten der jüdischen Ansiedlung erklärt, jene auf dem Land. Diese erfolgte zunächst ziemlich genau entlang des Küstenstreifens und im Jezreel-Tal, wo die Siedlungsdichte der ansässigen Bevölkerung über weite Strecken aus den genannten Gründen die geringste war. Ausnahmen waren Jaffa und Haifa wegen ihrer Bedeutung als Häfen. Tel Aviv wurde zunächst als Vorort von Jaffa mitten im Sand gegründet und aus vier kleinen Siedlungen seit 1887 dann zur Stadt, als 1909 ein weiteres Terrain vor Jaffa durch eine jüdische Gesellschaft von einem einheimischen Besitzer gekauft werden konnte. Dies gilt als der

Gründungsmoment Tel Avivs. Nach einem blutigen Konflikt 1921 wurde Tel Aviv de facto unabhängig von Jaffa, blieb formell aber noch ein Teil davon, die volle Unabhängigkeit von Jaffa erhielt Tel Aviv 1934. Nach dem Krieg von 1948/49 wurde Jaffa mit dem nun viel größeren Tel Aviv zu Tel Aviv-Jafo vereinigt.

A 3.5, A 3.7-9. *Landerwerb für jüdische Siedler / Karte mit dem jüdischen Siedlungsgebiet 1926 / Der palästinensische Zeitzeuge, Jurist und Politiker Anwar Nusseibeh über den Landtransfer / Die Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer über die Landkäufe / Der Landtransfer in der historischen Forschung und politischen Auseinandersetzung. Kleiner Überblick*

Das Jezreel-Tal und ein Teil des Küstenstreifens waren im Besitz weniger arabischer Großgrundbesitzer, die relativ wertloses Land relativ teuer verkaufen konnten. A 3.7 berichtet, wie sie an dieses uninteressante Land gekommen waren. Der Anteil der kleinen Grundbesitzer oder Bauern beim Landtransfer an jüdische Siedler nahm im Laufe der Zeit zu und löste in den 1930er Jahren die Großgrundbesitzer als Hauptverkäufer ab, allerdings auch mit drastischem Rückgang der transferierten Fläche. Aufgrund der Nachfrage waren die Grundstückspreise so gestiegen, dass die Kleinbauern für ihr Land, das sie und ihre Familie in den meisten Fällen gerade mal selbst ernährte, einen relativ hohen Preis bekamen und die Landwirtschaft aufgeben konnten.

In den 1930er Jahren wurde auch das Problem der ehemals für die Großgrundbesitzer arbeitenden Pächter gelöst, die durch den Landtransfer arbeitslos wurden, indem die britische Verwaltung den Kauf solchen Landes an einen Ersatz für die Pächter band. Dies dürfte auch den Rückgang des Verkaufs durch die Großgrundbesitzer erklären. Die britische Mandatsverwaltung schränkte Ende der 1930er Jahren zudem weitere potenziellen Landtransfers an die Jewish Agency auf die bisherigen Siedlungszonen ein.

Insgesamt jedoch hätte die Jewish Agency mehr Land kaufen können, wenn sie mehr Geld gehabt hätte, wie auch Gudrun Krämer, einer prozionistischen Haltung unverdächtig, schreibt (M 3.15). Als Minimallösung zur Behandlung dieses Themas im Unterricht reicht daher auch diese Quelle.

A3.10 *Die Entwicklung Palästinas 1920-1925. Aus dem Palestine Royal Commission Report 1937* liefert noch einmal einen Überblick über diese Zeit aus offizieller britischer Sicht

A4. Britische Mandatszeit (2): 1933-45

(fehlt noch)

A5. Endphase des britischen Mandats, UN-Teilungsplan und Bürgerkrieg, 1946 bis Mai 1948 und Unabhängigkeits- bzw. Palästinakrieg / 1945-1948

M 5.1-11 *Aus dem Bericht des Englisch-Amerikanisches Untersuchungskomitees, Lausanne, 20.5.1946 / Ankunft des Flüchtlingssschiffes „Theodor Herzl“ in Haifa am 14.4.1947 / Anhörung eines Vertreters der Jewish Agency, Moshe Shertok, zur Zukunft Palästinas vor der UN-Kommission für Palästina (UNSCOP) in Jerusalem am 16. Juli 1947 / Das Flüchtlingssschiff „Exodus 1947“ nach der Übernahme durch britische Soldaten und der vorübergehenden Ankunft in Haifa am 20.7.1947 / Durchbruch der Blockade Palästinas mit der United Nations durch jüdische Einwanderer und Landung in der Nähe von Naharija, 1948 / Anhörung des libanesischen Außenministers Hamid Frangié als Vertreter der arabischen Staaten zur Zukunft Palästinas vor der UN-Kommission für Palästina (UNSCOP) am 22. Juli 1947 in Beirut / Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen vom 29.11.1947 (Text) / Bevölkerungsverteilung 1947 / Karte UN-Teilungsplan / Jüdischer Landbesitz in Palästina 31.12.1944 / Stellungnahme des Arabischen Hohen Komitees am 6.2.1948 zum UN-Teilungsbeschluss für Palästina vom 29.11.1947 / Telegramm des US-Botschafters Tuck in Ägypten an den US-Außenminister*

Die Quellen sprechen weitgehend für sich, so dass hier nur erklärende Informationen zum Hintergrund in großen Zügen nötig sind.

Mit dem Ende des 2. Weltkriegs entbrannte der Kampf um die Zukunft Palästinas, zunächst noch friedlich, doch bald auch mit Gewalt. Stand der arabisch-britische Konflikt im Mittelpunkt des Arabischen Aufstandes 1936-39 (*A4 1933-1945, noch nicht bearbeitet*), so war es nun der jüdisch- bzw. zionistisch-britische Konflikt. Die britische Regierung hatte sich grundsätzlich entschlossen, die Entscheidung über die Zukunft Palästinas in die Hände der neu gegründeten Vereinten Nationen zu legen. Schon durch das englisch-amerikanische Untersuchungskomitee 1946 wurde dieser Weg beschritten. Dieses Komitee sowie das spätere Komitee der UN, die UNSCOP, konnten keine Entscheidung mehr nur für Palästina allein treffen, d.h. ohne die Situation in Europa nach dem Holocaust zu berücksichtigen (den Begriff gab es noch nicht). Doch die britische Noch-Mandatsmacht stoppte die Einwanderung der jüdischen *displaced persons* nach Palästina, was zu den Tragödien der Flüchtlingsschiffe führte, von denen die „Exodus“ das bekannteste ist. Die „Theodor Herzl“ ist eine ergiebiger Bildquelle wegen des Spruches auf der Banderole.

Der Bericht des anglo-amerikanischen Komitees zieht eine Bilanz der Situation, die die damalige Lage und ihre Gründe auch noch im vorliegenden Auszug eindrucksvoll wiedergibt. Die UNSCOP reiste auch nach Europa und besuchte in Palästina, einer der entscheidenden Momente, Haifa, als gerade die „Exodus“ dort vor Anker lag und den Menschen das Verlassen des Schiffes verweigert wurde. Die UNSCOP führte dann Anhörungen der beiden Seiten in bzw. zu Palästina durch, wobei wir hier für die arabische Seite die des libanesischen Außenministers berücksichtigen um deutlich zu machen, dass die arabische Seite durch die am 22.3.1945 gegründete Arabische Liga auftrat. Das Arabische Hohe Komitee in Palästina selbst war dem formal untergeordnet, hatte aber dennoch großen Einfluss auf die arabische Haltung. So lehnte es unter dem offiziellen Vorsitz von Jamal al-Husayini, aber unter der informellen Führung seines Cousins, des damals in Kairo lebenden Mufti Amin al-Husayini, die direkte Beteiligung an der UNSCOP ab und überließ damit der Jewish Agency dort das Feld.

Am 29.11.1947 beschloss die Vollversammlung der Vereinten Nationen den Plan zur Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat, beide sollten durch eine Wirtschaftsunion verbunden sein und die Region Jerusalem als *corpus separatum* internationaler Kontrolle unterliegen. Die Zuteilung des Südens mit der Negev-Wüste an den jüdischen Staat war gewissermaßen ein Angebot für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge und Einwanderer. Doch das Territorium des vorgesehenen jüdischen Staates beinhaltete 45% arabische Bewohner, weil die Siedlungsstruktur eben nicht flächendeckend homogen war – eine schwere Hypothek für die Teilung. Diese arabischen Einwohner hätten allerdings die gleichen staatsbürgerlichen Rechte gehabt. Wäre ein föderales Prinzip konsensuell etabliert worden, wäre dies aber weit weniger gravierend gewesen. Doch keine dieser Alternativen hätte die Zustimmung der arabischen Seite bekommen.

Die Entscheidung der UN-Vollversammlung wurde von den arabischen Staaten nicht anerkannt, obwohl sie daran teilgenommen hatten. Wäre es zu ihren Gunsten ausgegangen, hätten sie gegenüber den Zionisten darauf gepocht. Das Arabische Hohe Komitee erklärte den Widerstand gegen diese Entscheidung „bis zum letzten Tropfen Blut“. Dies war die Ankündigung des Krieges um Palästina und Vertreter der arabischen Staaten äußerten sich ähnlich. Mit der UN-Entscheidung begann die erste Phase des Palästina-Krieges zunächst auf der Ebene einer internen militärischen Auseinandersetzung – eines Bürgerkrieges, wenn man so will –, obwohl die „Arabische Befreiungsarmee“ dafür bereits Unterstützung von außen erfuhr, die über die Waffenlieferung hinausging.

A5.12-18 „Bürgerkrieg“ vor dem Krieg: Ende 1947 - Frühjahr 1948:

Arabische Milizionäre: Arabische Befreiungsarmee Ende 1947 (?) / Armee des Heiligen Krieges (Jihad al-Muqaddas) Jan. 1948 / Etzel oder Irgun, jüdische Untergrundmiliz / Haganah, „offizielle“ Miliz der jüdischen Selbstorganisation / Bürgerkriegsphase und erste Kriegstage im Mai 1948 /

Plan Dalet / Das Massaker von Deir Yassin am 9.4.1948 – Gegenüberstellung der beiden Narrative / Ergänzungen / Zwei Terroranschläge im Februar 1948

Bereits im Vorfeld des offiziellen Krieges, den alle arabischen Nachbarstaaten inkl. des Irak am Tag nach der Proklamation des Staates Israel (14.5.1948) eröffneten, kam es zu Massakern auf beiden Seiten. Das von Deir Yassin ist in besonderer Erinnerung geblieben. In der Gegenüberstellung hat die israelische Seite die damals von den Tätern selbst zur Abschreckung lancierte Zahl von 245 Toten beibehalten, während die palästinensische Zahl von 100 Toten der Wirklichkeit eher entspricht (A5.18). Über den Grund dafür kann man nur spekulieren, vielleicht wollte die israelische Seite sich nicht dem Vorwurf der Verharmlosung aussetzen.

Die Führung der jüdischen Selbstverwaltung und der Selbstverteidigungskräfte (Haganah) verurteilte die Terroraktionen der Untergrundgruppen *Etzel* und *Lechi*, die auch seit 1946 schon Anschläge auf britische Einrichtungen durchführten (z.B. den Bombenanschlag auf das King David Hotel 22.7.1946) und David Ben Gurion wollte die Verantwortlichen sogar den Briten ausliefern. Auch im Rückblick wird dieser Aspekt des Unabhängigkeitskrieges mit Ausnahme der extremen Rechten in Israel heute kritisch gesehen, ein Pendant der Selbstkritik dazu auf arabischer Seite gibt es leider nicht.²

Schon vor der Staatsgründung am 15. Mai 1948 und vor dem sich direkt daran anschließenden Krieg mit den arabischen Nachbarstaaten kam es zu Flucht und Vertreibung infolge der militärischen Konfrontation in der Phase des sog. Bürgerkriegs. Doch auch hier griffen im Frühjahr 1948 bereits jordanische Streitkräfte ein.

Im Mittelpunkt der kritischen Darstellung steht „Plan Dalet“ (griech. Delta, Plan D). Er ist zusammen mit den Massakern Vertreibungsfrage hier eingeordnet, weil es bereits die Zeit vor der Staatsgründung betrifft, obwohl die Masse der Flucht bzw. Vertreibung erst durch den anschließenden Krieg erfolgte.

Die Auszüge aus dem Original von Plan Dalet (A5.13) machen deutlich, dass es kein pauschaler Vertreibungsplan war, sondern ein Teil von verschiedenen möglichen militärischen Szenarien vor Ort. Die Vertreibung war für den Fall vorgesehen, dass aus den entsprechenden Dörfern anhaltender Widerstand geleistet wird. Die Auflistung der Maßnahmen beginnt mit dem „worst case“, die Ergänzung am Ende klärt dies.

A6. Staatsgründung Israels, Unabhängigkeitskrieg und Nakba, Mai 1948 bis Juli 1949

A6.1-6 *Die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel / Palästinakrieg: Karte der arabischen Offensiven bis 11. Juni 1948 / Militärische Lage beim Waffenstillstand am 6.4.1949 / Flucht und Vertreibung - die Nakba / Flucht und Vertreibung im größeren Kontext / Resolution 194 (III) der UN-Generalversammlung vom 11.12.1948 / Zur Diskussion*

Hier können wir uns auf einige wenige Anmerkungen beschränken.

Die Unabhängigkeitserklärung Israels beinhaltet die heute zwischen der israelischen Linken und Rechten kontrovers verstandenen Passagen, worin Israel als „jüdischer Staat“ definiert, aber all „seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung“ garantiert wird.

Während des offiziellen Krieges vom 15. Mai 1948 bis zu den Waffenstillstandsabkommen mit den einzelnen arabischen Staaten im Frühjahr 1949 kam es zu Flucht und Vertreibung von ca. 700 000 Palästinensern (manche sagen 750 000, aber 50 000 konnten zurückkehren), was als *Nakba* (*Naqba*) in die historische Erinnerung eingegangen ist. Das Wort wird oft mit „Katastrophe“ o.ä. übersetzt und entweder als Pendant zur hebräischen Shoa und/oder als palästinensische Bezeichnung für den Krieg

² D.h. auf entsprechend breiter oder öffentlicher Ebene.

1948-49 gesehen. Es handelt sich dabei jedoch um verschiedene Dinge, die Nakba bezieht sich nur auf die Vertreibung.

Wie in anderen Kriegen auch kamen in der Flüchtlingsfrage verschiedene Aspekte zusammen:

a) Flucht der Zivilisten vor den Kriegshandlungen; b) bewusster Aufruf von arabischer Seite zur Evakuierung mit dem Versprechen auf Rückkehr; c) Angst der arabischen Bevölkerung vor einer jüdischen Herrschaft nach der Eroberung; d) Vertreibung durch die Israelis, Zerstörung von Dörfern und Inbesitznahme von Grund und Boden. Im Gegenzug wurde im Krieg die jüdische Bevölkerung aus der Altstadt Jerusalems vertrieben und in der Folge die jüdischen Minderheiten in den arabischen Staaten ebenfalls zur Flucht bzw. Emigration gezwungen.

Die Vertreibungsfrage wird am Beispiel von Haifa ausführlicher dargestellt, weil es in der Kontroverse von beiden Seiten extrem gegensätzlich dargestellt wird.

Die Flüchtlings-/Vertreibungsfrage wird ansonsten den darstellenden Texten der Sammlung ausführlich angesprochen.

Teil B: Der Sechstagekrieg und die Folgen

B1. Der Kontext des Sechstagekrieges

B1.1 7. *Auszug aus der Rede des israelischen Ministerpräsidenten Levi Eshkol in der Knesset am 5. Juni 1967 zum Kriegsbeginn an diesem Morgen / Karikatur in der libanesischen Zeitung Al-Farina kurz vor Ausbruch des Sechstagekrieges / Ergebnis des Sechstagekrieges / Die Resolution der Arabischen Liga von Khartum am 1.9.1967 / . Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats zur Lage nach dem Sechstagekrieg vom 22.11.1967 / Präventivkrieg oder bewusster Expansionskrieg?-- Dokumente, die eine Rolle spielen*

Der Sechstagekrieg ist nach dem Unabhängigkeitskrieg der größte Einschnitt in der Geschichte Israels und Palästinas und Grundlage für die weitere Entwicklung bis heute.

In den beiden wichtigen Aspekten der geht es um die zentrale Frage des Präventivkrieges und der Konsequenzen aus den Sechstagekrieg.

Zur Präventivkriegsfrage wurden bzw. werden noch historische Quellen missinterpretiert bzw. verzerrt zitiert, auch wenn die Bedeutung der Präventivkriegsfrage zurückgeht, weil das propalästinensische Narrativ ohnehin von einer durchgehenden kolonialen Expansion Israels ausgeht und die jüngere Geschichte mit dem massiven Siedlungsausbau zu bestätigen scheint. Es gilt aber nicht für die Vergangenheit.

Eine wichtige solche „Kronzeugenquelle“ ist ein Interview ist Yizhak Rabin von 1969, vormals Generalstabschef im Sechstagekrieg, und danach israelischer Botschafter in den USA. Es ist eines der vielen Beispiele, wie israelische „Kronzeugen“ gegen die israelische Politik konstruiert werden³, und in diesem Fall hat die französische Tageszeitung erheblichen Anteil daran. Dass der ägyptische Präsident Nasser „keinen Krieg wollte“, bezieht sich auf einen frühen Zeitpunkt der Zuspitzung des Konflikts und gilt nicht für die nächste Phase, als Nasser den Abzug der UN-Blauhelme auf der Sinai-Halbinsel erzwang, dort massiv Truppen bis an die Grenze brachte, die Straße von Tiran (Golf von Akaba) im Roten Meer für die Schifffahrt von und nach Israel sperrte – der *casus belli* seit 1956 – und in den Medien die Kriegsrhetorik gegenüber Israel immer weiter verschärfte.

Das zweite Beispiel betrifft eine spätere Aussage von Menachem Begin, politisch auf der entgegengesetzten Seite Rabins stehend. Er verteidigt die Entscheidung zum Angriff, sieht diese aber auch als

³ Vgl. hierzu z.B. auf der Website des Palästinakomitees Stuttgart: Zionisten und ihre erhellenden Zitate, <https://senderfreiespalaestina.de/zitate.php>

„Notwehr im edelsten Sinne des Wortes“ und ist damit kein Kronzeuge für einen eingestandenen Eroberungskrieg

B2. Verhinderte Chancen

B2.1-5. *Osloer Abkommen und Friedensprozess. (Zusammenfassung) / Terroristischer Widerstand gegen den Friedensprozess (Zusammenfassung) / Der Sharon-Plan (Zusammenfassung) / Olmerts Friedensplan (Zusammenfassung) / Terroristischer Widerstand gegen den Olmert-Plan*

Der einseitige Rückzug aus dem Gaza-Streifen durch Ministerpräsident Ariel Sharon 2005 – ursprünglich der „härteste Hardliner“ der israelischen Politik – bot den Palästinensern die Selbstständigkeit in einem Teil ihres Gebiet, nach einer Bewährung hätte das Westjordanland folgen können. Dies hat Sharons Nachfolger Ehud Olmert noch bis 2008 aufrechterhalten. Doch bei den palästinensischen Parlamentswahlen 2006 gewann die Hamas, zerstritt sich mit der Fatah unter Mahmud Abbas und übernahm nach einem internen bewaffneten Konflikt die Macht über Gaza.

Kein Beweis für eine Friedenschance folgte daraus, sondern das genaue Gegenteil. Schon bei der Räumung von Gaza setzten Hamas, Islamischer Jihad u.a. weiter auf gewaltsame Konfrontation und die Tatsache der Mehrheit für die Hamas bei der Wahl 2006, gefolgt vom Konflikt zwischen Hamas und Fatah. Die fortgesetzten terroristischen Aktionen der Hamas und ihrer Verbündeter waren bereits eine schwere Hypothek für die 2008 noch laufenden Verhandlungen, die zu keinem Ergebnis führten, obwohl eine potenzielle Mehrheit in der Knesset dazu bestand, aber dadurch auseinanderfiel. Ende Dezember 2008 begann bereits der erste Gaza-Krieg.⁴

Dies war der dritte große Einschnitt in der Geschichte seit 1945, die sich als der für heute entscheidende erweist. Der Terrorismus v.a. der Hamas hat erfolgreich alle Verhandlungslösungen torpediert. Immerhin besteht die Teilautonomie nach den Osloer Verträgen heute noch, von daher ist Oslo nicht ganz gescheitert. Sharons Rückzug aus Gaza wird aber heute in Israel als großer Fehler gesehen und Olmerts weitergehender Plan wurde nie verwirklicht. Kaum hatte die Hamas Gaza übernommen, begann sie mit ihren Terroraktionen gegen Israel. Sie zerstörte dadurch nicht nur die Verhandlungen zwischen Olmert und Abbas, sondern erzeugte auf Dauer eine immer schärfere Rechtsentwicklung in Israel.

Zwei zentrale Herausforderungen im Umgang mit dem Thema Israel/Palästina

1. „Die Juden haben den Palästinensern das Land weggenommen/geraubt...“ etc.

Dies ist eine falsche Schlussfolgerung, die sich im historischen Rückblick aus der Erfahrung mit der jüdischen Siedlungsbewegung im Westjordanland der letzten Jahre und Jahrzehnte ergibt und daraus die Kontinuität einer zionistischen Eroberungsstrategie herleiten will: „So wie das dort heute läuft, so war es von Anfang an.“ Für diesen historischen Aspekt helfen die Karten und Texte aus A2 der Materialiensammlung. Ohne besondere Kontextualisierung kann die Frage „Wie kamen die jüdischen Einwanderer an Grund und Boden?“ damit beantwortet werden: auf ganz und gar legale Weise, es gab keine Verdrängung oder Vertreibung etc. Die Frage nach den Kriegen und ihren Folgen ist eine ganz andere, politische Frage im jeweiligen Kontext.

2. „Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern besteht im Streit um dasselbe Land, das beide beanspruchen.“ o.ä.

Dies war zu keinem Zeitpunkt bis zum Sechstagekrieg der Fall. Nur eine radikale Minderheit der Zionisten träumte von einem biblischen Eretz Israel (eretz = Land) in größeren Dimensionen. Die Zionisten akzeptierten zunächst eine „Heimstätte in Palästina“, die sie sich allerdings als eigenen Staat vorstellten, sie akzeptierten 1937 den ersten Teilungsplan und 1947 den UN-Teilungsplan. Es bestand

⁴ Ausführlicher dazu auf <https://www.geschichtslehrerforum.de/html/nahost7.html>

kein Anspruch auf ganz Palästina auf jüdischer Seite, sehr wohl allerdings auf arabischer. Dass „beide um dasselbe Land stritten“, stimmt also nicht. Nach dem Sechstagekrieg 1967 war durch die Besetzung ganz Palästina unter israelischer Kontrolle. Mehrere Angebote „Land gegen Frieden“ wurden v.a. von der arabischen Seite abgelehnt (das dreifache Nein der Arabischen Liga auf ihrer Konferenz in Khartum: Kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel). 1973 kam es noch zum Jom-Kippur-Krieg als Revancheversuch der arabischen Staaten für 1967. (Die drei Neins wurden von palästinensischer Seite bis in die 1990er aufrecht erhalten und sie gelten die für Extremisten der Hamas und andere bis heute.)

Die Immobilität der nächsten zwei Jahrzehnte seit 1967 verfestigte den Besatzungszustand und stärkte die israelische Rechte und die Etablierung jüdischer Siedlungen im Westjordanland. Mit der Rückkehr der Sozialdemokraten unter Rabin an die Regierung wurde das Tor für Verhandlungen aufgestoßen (Osloer Abkommen). Deren Bekämpfung durch Extremisten auf beiden Seiten – auf israelischer durch die Ermordung Rabins 1995 und auf palästinensischer durch den zunehmenden Terrorismus der radikalen Gruppen (Hamas u.a.) – führte zu einem Stillstand. Die Rückgabe des Gaza-Streifens unter Premierminister Sharon 2005 und der darauf folgende Olmert-Plan 2008 waren die letzten Angebote an eine großzügige Zweistaatenlösung. Die Etablierung der Hamas in Gaza vereitelte dies bis heute und stärkte weiter die israelische Rechte und extreme Rechte mit ihrem Anspruch auf Galiläa und Samaria als historisch jüdischem Gebiet.

3. Zum Terrorismus der Hamas oder anderer radikaler palästinensischer Organisationen: „Sie haben ja keine andere Möglichkeit, sich zu wehren.“

Der Umgang mit dieser Aussage erfordert mehr pädagogisches Fingerspitzengefühl, je nach dem, wie sich das in der Lerngruppe darstellt: Ist das eine (vermutlich) isolierte Meinung, wer äußert sie, wird sie von anderen geteilt, gibt es SuS, die von selbst darauf reagieren wollen? etc. Zunächst unter Umgehung der grundsätzlichen Verurteilung von Terrorismus (- worauf sofort entgegnet würde: Die israelische Armee ist auch terroristisch etc. ...) kann man Inhaltlich auf die zum Teil oder ganz gescheiterten Verhandlungslösungen verweisen. Am besten eignet sich hierfür die Räumung Gazas ohne Gegenbedingung mit dem folgenden Olmert-Plan in dem oben beschriebenen Kontext. Es gab Möglichkeiten für eine friedliche Beilegung des Konflikts, ein palästinensischer Staat in den 1967 besetzten Gebieten könnte heute vielleicht bestehen, wenn man die Existenz Israels und dessen Sicherheitsbedürfnis anerkannt hätte, was die Hamas aber nicht tat. Der Terrorismus wird nicht fortgesetzt, weil die Verhandlungslösungen gescheitert sind, sondern umgekehrt: Diese sind gescheitert, weil der Terrorismus sie torpediert hat. Damit wurde auch eine Radikalisierung innerhalb der israelischen Politik gefördert und die Grundlage für den immer weiter gehenden Ausbau der jüdischen Siedlungen geschaffen.

W. Geiger, 22.10.2023